

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	15
		TOP:	4
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	29.04.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Dr. Görres (AfU)		
Protokollführung:	Herr Haupt / pö		
Betreff:	"Sachstandsbericht Energieleitplanung" - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Dr. Görres berichtet im Sinne der beigefügten Präsentation. Er ergänzt hinsichtlich der Folie 18, die SSB plane nördlich des Stadtteils Hausen im Stadtbezirk Weilimdorf den Bau eines neuen Betriebshofs. Im Rahmen der Wärmeleitplanung habe die Verwaltung ein größeres Abwasserwärmepotenzial entdeckt, welches sich mitten durch den neuen Betriebshof erstrecke. Vor zwei Wochen habe die SSB eine Anfrage zur Nutzung dieses Abwasserpotenzials gestellt. Die Verwaltung sehe das Abwasserwärmepotenzial jedoch an anderer Stelle verortet, da es eher zur Versorgung des Stadtteils Hausen dienen solle. Daher müsse die Abwasserwärmenutzung gegenüber der SSB abgesagt werden, obwohl diese über ein großes Know-how in der Abwasserwärmenutzung verfüge. Nach Verständnis der Verwaltung über die Wärmeleitplanung sei daher die Abwasserwärmenutzung für den Stadtteil Hausen reserviert. Nun müssten mit den SWS Gespräche über den Netzaufbau in Hausen geführt werden. Ebenso müsse sich damit beschäftigt werden, wie hoch der Wärmeverbrauch liege und ob die Abwasserwärme hierfür ausreiche oder ob noch Geothermie in Hausen benötigt werde. Direkt bei den SSB sei die Geothermienutzung nicht möglich. Daher müsse die Verwaltung der SSB nun Alternativen wie die Aktivierung u. ä. der Bodenplatte mitteilen. Angesichts des geringen Wärmeverbrauchs der SSB könne dieser so möglicherweise gedeckt werden. An dem Beispiel des SSB-Betriebshofs und des Stadtteils Hausen habe er das Spannungsfeld und die bestehenden Fragstellungen deutlich machen wollen. Ebenso könne der Fall

eintreten, dass die SSB keine Versorgung von Hausen plane. Zudem müsse berücksichtigt werden, wer den Stadtteil Hausen mit welchen Maßnahmen sanieren müsse.

StR Boy (90/GRÜNE) betont, es stelle sich die Frage, inwieweit das vom Gemeinderat beschlossene Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2035 in der Energieleitplanung berücksichtigt werde und ob hierbei mit dem Beratungsunternehmen McKinsey zusammengearbeitet werde. Die von Herrn Dr. Görres dargestellte Ist-Analyse und das Potenzial sei positiv zu bewerten. Ohne diese beiden Aspekte könnten keine Szenarien gebildet werden.

Das auf Folie 18 dargestellte Beispiel des Stadtbezirks Weilimdorf habe gezeigt, so StR Boy, dass innerhalb eines Gebiets sehr unterschiedliche Varianten bestehen könnten. Daher stelle sich die Frage, inwieweit mit Varianten gearbeitet werde, da gewiss nicht nur eine einzige zu favorisierende Wärmeplanung bestehe. Der Stadtrat hinterfragt, ob eine zeitliche Einschätzung der Maßnahmen durch die Verwaltung in Hinblick auf eine klimaneutrale Energieversorgung vorliegt. Auf seine Frage, wie detailliert die einzelnen Quartiere zusammengefasst würden, betont Herr Dr. Görres, die Bereiche würden über Grenzen hinweg betrachtet. Die Größe der einzelnen Netze müsse individuell über Varianten geprüft werden. Am Ende der Wärmeleitplanung würde der zeitliche Umsetzungsschritt benötigt, um den Zeitfaktor bestimmen zu können.

Schlussendlich lägen zwei bedeutende Erkenntnisse durch die Energieleitplanung vor, so StR Kotz (CDU). Zum einen betreffe dies die Tatsache, in welchen Bereichen Wärmeüberschüsse z. B. aus Kühlungen oder Geothermie aufträten, und zum anderen den Aspekt, in welchen Arealen sich aufgrund einer dichten punktuellen Wärmeabnahme ein Nahwärmenetz eigne oder an welchen Stellen sich eine einzelne Wärmepumpe anbiete. Es müsse der Aspekt berücksichtigt werden, aus allen fließenden Gewässern lediglich einmalig Wärme entnehmen zu können, was bislang nur an einzelnen Punkten wie dem NeckarPark oder dem Klinikum geschehen sei. Je mehr Bauprojekte mit dieser Wärmenutzung an Attraktivität gewinnen würden, desto größer werde der Kampf über die Herkunft der Wärme aus fließenden Gewässern werden. In einer Sitzung der SWS sei ein Nahwärmenetz für ein Wohn- bzw. Schulgebiet im Stadtbezirk Feuerbach behandelt worden. Auf Nachfrage von StRin Fischer (90/GRÜNE) sei ausgesagt worden, bei allen Vorteilen dieses Nahwärmenetzes insbesondere für das dortige Schulgebiet müsse mit einer Zeitdauer von bis zu 30 Jahren gerechnet werden, bis die Bestandsgebäude im Privatbesitz hieran angeschlossen seien. In der Präsentation von Herrn Dr. Görres seien zahlreiche Flächen aufgezeigt worden, in denen Wärmenetze errichtet werden sollten, was hinsichtlich des erwähnten langen Zeithorizonts problematisch sei. Daher biete sich im Zweifelsfall Gas als Brückentechnologie an: Es stelle sich nämlich die Frage, den alten Ölkessel etwa 25 Jahre weiterlaufen zu lassen oder zumindest die Gasenergie zu nutzen. Bis zur Verfügbarkeit eines Nahwärmenetzes werde sich ein Haushalt nicht für eine kostspielige Investition in eine Wärmepumpe oder in die Umweltwärme entscheiden, sondern bis dahin eine möglichst günstige Brückentechnologie wie Gas nutzen wollen. Es müsse offen ausgesprochen werden, dass die Stadträt*innen in ihrer aktiven Zeit die Errichtung von Nahwärmenetzen zumindest in den Neubaubereichen wie dem Bürgerhospital erleben würden. Im reinen Bestand würde dies allerdings bei lediglich wenigen Gebäuden der Fall sein. Dies sei allein schon im Aufwand für den Planungsbereich begründet.

StR Dr. Jantzer (SPD) betont, vor den Sitzungen würden den Stadträt*innen stets sehr gut ausgearbeitete Beschlussvorlagen zur Vorbereitung zugeschickt. Er äußert die Bitte

an die Verwaltung, ob die sehr umfangreichen Präsentationen mit deren zahlreichen Informationen ebenso vorab verschickt werden könnten. Er sei es von seinem beruflichen Umfeld gewohnt gewesen, dass diese drei Tage vor einer Sitzung versendet worden seien, um eine qualitätsvolle Diskussion zu erreichen. Die Verwaltung stecke viel Enthusiasmus in die Energieleitplanung. Nicht das Beratungsunternehmen McKinsey, sondern die Stadtverwaltung sei aufgefordert worden, einen Klimafahrplan zu erstellen. McKinsey sei der Verwaltung lediglich dabei behilflich, hierzu einen sehr guten Plan vorzulegen. An dieser Stelle befänden sich zwei Pfade: Ein Pfad führe von unten nach oben ("*Botton-up-Analyse*" als Grundlage), für den die Verwaltung eine zeitliche Planung vorgelegt habe. Allerdings passe dies nicht mit dem Klimafahrplan zusammen. Daher äußert der Stadtrat die Bitte an die Verwaltung, das Zielszenario mit dem Klimafahrplan in Deckung zu bringen. Dabei gehe es weniger um einen konkreten Zeitfahrplan, sondern vielmehr um eine konsistente Herangehensweise. Hinsichtlich der Leitplanung würden Zielstellungen für alle möglichen Szenarien benötigt. Derzeit bestehe der Nachteil, dass die Landesregierung in Bezug auf den Strom- oder Windausbau keine Zielorientierung auf die Regionen gebe. Es werde lediglich über Flächen, aber nicht über Leistungsgrößen diskutiert. Ihm sei es wichtig, dass die LHS im Rahmen einer Planung ihren Beitrag für die Klimaneutralitätsziele auf Bundesebene leisten würde, so StR Dr. Jantzer. Dies stelle den zweiten Pfad ("*Top-down-Analyse*" dar.

Die Komplexität des Berichts sei sehr groß und die Energieleitplanung stelle keine leichte Aufgabe dar, so StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tiereschutzpartei). Es wäre begrüßenswert, falls in jedem Bereich der LHS KfW-Gebiete vorliegen würden. Die von der Verwaltung vorgelegte Systematik sei klar und geeignet. Allerdings passe der Zeitpunkt der Vorstellung des Berichts nicht zu den ambitionierten Klimazielen. Die vorhandenen Widersprüche und Gleichzeitigkeiten müssten vereinbart werden. Falls im Herbst 2023 der Plan vorgelegt werde, könne möglicherweise zumindest eine Vorlage für die Haushaltberatungen erstellt werden, um entsprechend ambitionierte Förderprogramme für Quartiere aufzusetzen. Ein radikaler Bruch hinsichtlich der Umsetzungsgeschwindigkeit sei noch nicht zu verzeichnen. Er sei skeptisch, dass der McKinsey-Klimafahrplan lediglich über den Pfad der Energieleitplanung gelegt werden könne, da der Bericht erst im Jahr 2023 vorgelegt werde. Zudem sei der Klimamobilitätsplan noch nicht erstellt, und es bestehe begrüßenswerterweise der Klimabürger*innenrat. Gleichzeitig werde an sehr vielen Stellen gearbeitet. Insgesamt bestehe eine Unzufriedenheit an der Umsetzungsgeschwindigkeit. Es würden bereits zum jetzigen Zeitpunkt Vorschläge u.a. vom Oberbürgermeister benötigt, um über ausreichende Haushaltsmittel zu verfügen, wenn im Jahr 2023 die Energieleitplanung vorgelegt werde. Im Bereich der SWS bestünden nach wie vor eine zu geringe Anzahl an Quartieren, da die entsprechenden Pläne noch nicht fertig gestellt seien. In Bezug auf die Energiepotenziale müsse eine Demokratisierung der Energiewende stattfinden und viele Akteure für die dezentrale Energieeinspeisung in die Netze gewonnen werden. So solle im nächsten Jahr bekannt sein, an welchem Standort eine große Geothermieanlage errichtet werde. Diese Entscheidung könne nicht von einer "*Botton-up-Analyse*" resultieren. Die Verwaltung solle sich äußern, wie die gesamte Umsetzung zügiger geschehen könne.

BM Pätzold gibt zu bedenken, dass die Energieleitplanung sehr detailliert und mit vielen Aufgaben behaftet sei. Um entsprechende Informationen zu erhalten, müssten zahlreiche Aspekte abgearbeitet werden, was eine gewisse Zeitdauer beanspruche.

Es sei bekannt, so StR Ozasek (PULS), dass der gesamte Prozess der Energieleitplanung mit hoher fachlicher Kompetenz und großem persönlichem Engagement vorangetrieben werde. Dennoch habe beispielsweise das Bundesland Bayern die Energieleitplanung wesentlich früher aufgesetzt, während in Baden-Württemberg lange Zeit kein Interesse an diesem Thema vorhanden gewesen sei. In der LHS sei in dem Energiekonzept "Urbanisierung der Energiewende" die Energieleitplanung bereits im Jahr 2015 verankert worden. 2023, also acht Jahr später, werde nun der Bericht erfolgen, so der Stadtrat. Er stimmt der Kritik von StR Rockenbauch zu, trotz der aufwendigen Planungsprozesse einen zu langen Zeitraum zu benötigen, obwohl keine Zeit mehr bestehe. Es stelle sich die Frage, wie mit dem anstehenden strategischen Planwerk umgegangen werden solle. Seiner Auffassung nach müssten beispielsweise die städtischen Energieförderprogramme wie das Energiesparprogramm (ESP) konsequent gebiets-scharf definiert werden. Es könne nicht angehen, dass Anlagentechnik verbaut und Technologiepfade mit Steuergeldern gefördert werde, die dysfunktional seien. Er verweist auf den interfraktionellen Antrag Nr. 1365/2021 (Stadterneuerungsgebiete in den Fokus der Wärmewende rücken), welcher auf Initiative seiner Fraktion eingebracht worden sei. Diesbezüglich habe er erhofft, in der heutigen Sitzung Informationen zu erhalten, wie die Verwaltung mit diesem Ansinnen umgehe. Er äußert die Bitte, den Antrag zeitnah zur Berichterstattung aufzurufen. Hinsichtlich der Darstellung auf Folie 16 der Präsentation habe er ein Verständnisproblem, so der Stadtrat. Bei dem aufgezeigten Entwicklungspfad bezüglich der Energieträger, könne er nicht nachvollziehen, wie das Erdgas zwischen den Zeitphasen sprunghaft eliminiert werde. Auf seine Frage, auf welches Zahlenmaterial und auf welche Szenarien sich die Verwaltung bei dieser Prognose stütze, betont Herr Dr. Görres, die zukünftige Entwicklung der Verteilung der Energiearten in den dargestellten Jahren werde angepasst und sei skalierbar. Dieses dürfe allerdings keine Theorienummer darstellen. Das für das Jahr 2040 dargestellte Kuchendiagramm mit den Anteilen der verschiedenen Energieanteile stelle eine Zielvorstellung dar.

Auf die Frage von StR Ozasek nach dem zukünftig starken Anstieg der Fernwärme, obwohl sie räumlich lediglich gewisse Teile des Stadtgebiets erschließe, betont Herr Dr. Görres, es stelle die zukünftige Aufgabe dar, diese Fernwärme zu erzeugen.

StR Currle (CDU) betont, seiner Auffassung nach entstehe die Fernwärme in den Kraftwerken. Dies könnten Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke sowie Müllverbrennungsanlagen mit angeschlossenen Kraftwerk sein. Im Fall der Abschaffung von Atom- und Kohlekraftwerken verbleibe in der LHS das Gaskraftwerk *Gaisburg* im Stadtbezirk Ost sowie die Müllverbrennungsanlage im Stadtbezirk Münster. Es stelle sich daher die Frage, woher die LHS zukünftig die Fernwärme beziehen solle.

Sie wolle an den Haushaltsantrag Nr. 321/2021 (Schätze heben - Abwärme aus Abwasserkanälen nutzen) ihrer Fraktion erinnern, so StRin Munk (90/GRÜNE). Dieser Antrag sei mit großer Mehrheit gemeinsam beschlossen worden. Hinsichtlich des in der Präsentation thematisierten neuen SSB-Depots im Weilimdorfer Stadtteil Hausen und ebenso grundsätzlich beinhalte der Antrag, nicht nach dem Windhundprinzip vorzugehen. Vielmehr solle mit der beschlossenen Fördersumme von rund 140.000 Euro ein Konzept mit dem AfU, den SWS sowie den SES erarbeitet werden, wer die Abwärmeenergie erhalten solle. Daher entspreche das von Herrn Dr. Görres erwähnte Vorgehen exakt den Beschlüssen in den Haushaltsberatungen. Hinsichtlich der dargestellten PV-Anlagen habe sie vor einigen Jahren vorgeschlagen, diese bei Sanierungen von Brückengeländern in einem Zuge mit zu installieren. Damals habe das Referat T ausge-

sagt, das sei u. a. aus Verschattungsgründen nicht möglich. Daher sollten diese Potenziale bei städtischen Bauwerken erneut geprüft werden.

BM Pätzold betont, mit der Wärmeleitplanung solle parallel mit den Zielplanungen verfahren werden. Dies funktioniere wie bei einer kommunizierenden Röhre. Die Zielplanung bzw. der Klimafahrplan werde erarbeitet und gebe für die verschiedenen Jahre ein Ziel vor. Aus der Wärmeplanung resultiere eine Anpassung der Maßnahmen. Die Verwaltung warte nicht die Fertigstellung der Wärmeleitplanung ab, sondern habe aktuell bereits 12 Quartiere gemeinsam mit den SWS in Bearbeitung. Es sei wünschenswert, viele Maßnahmen rascher durchführen zu können. Allerdings hänge dies von der Verfügbarkeit von Firmen, Baustoffen und sonstigem ab. Aktuell seien beispielsweise keine Speicherkapazitäten vorhanden, und es bestünden Schwierigkeiten beim Bezug von PV-Anlagen. Die SWS bauten Personal auf, um sukzessive mehr Maßnahmen umsetzen zu können. Es dürfe nicht der Fall sein, bis zur Fertigstellung aller Pläne abzuwarten und danach erst in die Umsetzung einzusteigen.

Bei einer konsequenten Durchführung einer "Botton-up-Analyse", so StR Rockenbauch, sei das Jahr 2040 ein ambitioniertes Ziel. Dennoch handle es sich bei den Zieljahren nicht um eine wie von Herrn Dr. Görres bezeichnete Theorienummer, sondern um Notwendigkeiten. Diese Zieljahre sollten nicht beliebig angepasst werden, sondern aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse festgelegt werden. In einem Umkehrszenario müsse daraufhin in jedem Sektor zurückgerechnet werden, welche Schritte und Maßnahmen aktuell hierfür bereits notwendig seien. Im Klimabereich handle es sich bei der Zielsetzung nicht um einen abstrakten Streit. Die derzeitigen Kapazitäten des Handwerks und des Verwaltungspersonals richteten sich nach diesen Zieldaten aus. Der Personalbedarf müsse jährlich ausgeschrieben werden. Insgesamt müsse dieser Markt der Zukunft deutlich artikuliert werden. Unter den derzeitigen Voraussetzungen werde allerdings nicht das Zieljahr 2040 erreicht.

BM Pätzold entgegnet, bei dem vorherigen TOP 3 (NNr. 14) habe StR Rockenbauch seine Erfahrungen bei dem Austausch seiner Gasheizung beschrieben. Er hoffe, der Stadtrat habe seinem Vermieter engagiert erklärt, welche Förderprogramme die LHS bei einem Heizungsaustausch anbiete. Es reiche nicht aus, Ziele zu definieren, sondern es müssten die privaten Eigentümerinnen und Eigentümer miteingebunden werden. Die Stadt allein könne die Ziele nicht erreichen, vielmehr jedoch die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

Es bestehe ein Respekt gegenüber der Verwaltung und den SWS bei der Aufgabenstellung, so StR Dr. Jantzer. Als ungünstig bezeichnet er die Ausführungen von StR Kotz, bereits vorwegzunehmen, die Ziele könnten nicht erreicht werden. Obwohl momentan keine Speicher erhältlich seien, sei er sich sicher, dass die Industrie in einigen Jahren mit diesen wieder versorgt sein werde. Bei allem Bewusstsein für die Schwierigkeit der Aufgabe werde dennoch nicht zuletzt im Gemeinderat ein positiver Zungenschlag benötigt, diese Aufgaben bewältigen zu können.

StR Sakkaros (CDU) betont, auf Folie 16 der Präsentation sei bildlich ein Zielszenario dargestellt, welches möglicherweise bis 2040 oder überhaupt nicht erreicht werde. Für das Jahr 2040 werde ein Anteil von über der Hälfte für Fernwärme aufgeführt. Dies entspreche in etwa dem Erdgasanteil im Jahr 2020. Er bekräftigt die vorherige Frage von StR Currie nach der Herkunft dieser Fernwärme, da Herr Dr. Görres zu diesem Aspekt

keine klare Antwort erteilt habe. Herr Dr. Görres betont, er habe versäumt zu erklären, dass hinter dem Diagramm eine deutliche Verbrauchsreduzierung hinterlegt sei.

Da keine Wortmeldungen geäußert werden, stellt BM Pätzold Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
 2. S/OB
Klimaschutz
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
SWS
SWSG
 4. Referat T
Hochbauamt (2)
Tiefbauamt (2)
Tiefbauamt/SES
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand